**Agroservice &**

Berliner Allee 37 d

(Brunnenpassage)

15345 Altlandsberg

Telefon: 033438 66048

Fax: 033438 66227

Funk-Tel.: 0172 3642323

E-Mail: [info@agro-service-verband.de](mailto:info@agro-service-bb-sa.de)

Internet: www.agro-service-verband.de

Steuernummer: 064/140/10731

**Lohnunternehmerverband**

**Nordost e. V.**

Altlandsberg, 1. Februar 2016

***An die Geschäftsführungen***

***der Mitgliedsunternehmen!***

**Mitglieder-Info 01/2016**

Sehr geehrte Verbandsmitglieder,

nur noch wenige Stunden trennen uns von unserem umfangreichen, verbandlichen Veranstaltungskomplex am 4. und 5. Februar 2016 in Brehna.

Die mit der Verbandszusammenführung zusammenhängenden umfangreichen Vorarbeiten sind nunmehr fast vollständig abgeschlossen.

Seitens unseres Nordost-Verbandes liegen Teilnahmebestätigungen von 27 Firmen und 13 Fördermitgliedern vor.

Ein ähnlich guter Stand ist bei den Unternehmen des Verbandes Sachsen/Thüringen und der dort angesiedelten Fördermitglieder zu verzeichnen.

An der Posterausstellung der Fördermitglieder werden sich 21 Firmen beteiligen. In 18 Vorträgen werden diese im Rahmen von zwei parallel laufenden Workshops Neuigkeiten vorstellen.

Wir wünschen allen Teilnehmern eine gute Anreise nach Brehna!

Im Weiteren möchten wir Sie mit ausgewählten aktuellen Informationen vertraut machen.

**1. Agrarpolitik/Agrarwirtschaft**

**1.1. Internationale Grüne Woche:**

**Schmidt betont Bedeutung des Exports**

Im Rahmen der Internationalen Grünen Woche (IGW) in Berlin erklärte Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt, dass er sich verstärkt für die Exportförderung einsetzten wird.

Dafür stockt er u.a. das Personal im Bundeslandwirt-schaftsministerium (BMEL) auf. So gibt es eine neue Stabsstelle für den Agrarexport in seinem Ministerium. Danach wird es künftig zwei Chefveterinäre im BMEL geben. Der eine wird sich nur auf den Export in den EU-Binnenmarkt kümmern. Die neu geschaffene Stelle hingegen soll sich ausschließlich mit dem Export in Drittstaaten außerhalb der EU beschäftigen. Damit kommt er dem Drängen der Agrarwirtschaft nach mehr Unterstützung für den Agrarexport nach. „Das ist eine Antwort auf den Exportgipfel“, sagte Schmidt. Den Gipfel hatte Schmidt im November 2015 zusammengerufen. Er ist Teil seiner Gespräche mit der gesamten Lebensmittelkette, die er in Folge der Krise auf den Agrarmärkten anberaumt hatte.

Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Joachim Rukwied, erklärte, dass er dabei bleibe, dass vor allem der Einbruch bei den Agrarexporten Mitverursacher der Krise auf den Agrarmärkten sei. „Hauptgrund ist das Russland-Embargo“, sagte Rukwied. Die Agrarwirtschaft ist aus seiner Sicht essentiell auf den Export angewiesen. „Ohne unsere Exportmöglichkeiten würde die wirtschaftliche Situation der Landwirte noch schlechter ausfallen“, prophezeite Rukwied auf der IGW.

**1.2. GEFA: Deutsche Exporte behaupten sich trotz schwieriger Wirtschaftslage**

„Das stark gesunkene Exportgeschäft in die Eurasische Wirtschaftsunion und in die Ukraine hat die deutschen Exporteure dazu veranlasst, ihre Anstrengungen zur Erschließung neuer Märkte weiter zu verstärken. So konnten die Ausfuhren ins Drittland in den ersten zehn Monaten 2015 im Wert um 6,9% (13,6 Mrd. Euro) und in der Menge um 18 % (14,1 Mio. t) gesteigert werden“, er-läutert Dr. Franz-Georg von Busse, Sprecher der German Export Association for Food and Agriproducts e.V. (GEFA).

Deutschland konnte damit seinen dritten Rang unter den Top 10 der Exportnationen hinter den USA und den Niederlanden verteidigen. Insbesondere in Richtung Osteuropa habe es einen dramatischen Rückgang gegeben; allein nach Russland seien die Lieferungen an Agrarprodukten und Lebensmitteln in den ersten zehn Monaten 2015 um mehr als 28 % gesunken. Russland sei damit vom ersten auf den fünften Rang der deutschen Drittlandsexportmärkte gefallen.

Der Exportwert der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft im abgelaufenen Jahr wird nach aktueller Prognose der GEFA inklusive Landtechnik mit 72,5 Mrd. Euro gegenüber 2014 praktisch unverändert bleiben (+0,5%). Die gesamte Agrar- und Ernährungsbranche sieht sich dabei aktuell von einem schwierigen Wettbewerbsumfeld in Europa und auf den internationalen Märkten konfrontiert.

Positive Auswirkungen haben der schwache Euro und stark gestiegene Ausfuhren einzelner Güter, u.a. von Gerste (+242,9%), vor allem nach Asien.

Betrachtet man die Eurasische Wirtschaftsunion, so sind die deutschen Ausfuhren in diese Länder im Zeitraum Januar bis Oktober seit dem Höchstwert in 2012 um fast 900 Mio. Euro gesunken. Sie haben sich damit mehr als halbiert. Dazu kommen nochmals 190 Mio. Euro Rückgang in die Ukraine, so dass allein in diesem Zehn-Monats-Zeitraum die Rückgänge inkl. der Ukraine fast 1,1 Mrd. Euro betragen.

**1.3. DBV-Konjunkturbarometer:**

**Weitere Eintrübung der wirtschaftlichen Lage**

Die Ergebnisse des Konjunkturbarometer Agrar des Deutschen Bauernverbandes (DBV) zeigen für den Dezember 2015 eine weiter verschlechterte wirtschaftliche Stimmungslage in der deutschen Landwirtschaft. Eine angespanntere Liquiditätslage in vielen Betrieben führt zu einem weiteren drastischen Rückgang der Investitionsbereitschaft. Das für die nächsten 6 Monate geplante Investitionsvolumen erreicht mit 3,3 Mrd. Euro einen neuen Tiefpunkt.



Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum sind das 1,4 Mrd. Euro, gegenüber dem Stand von vor zwei Jahren sogar 3,0 Mrd. Euro weniger. Aktuell ist der Konjunkturindex gegenüber der vorangegangenen Erhebung (September 2015) von 14,7 auf 11,8 Punkte weiter zurückgegangen. Von Ende 2010 bis Mitte 2014 lag dieser Wert zwischen 30 und 35 Punkten, in der Spitze sogar bei 37 Punkten. Der Indexwert fasst die Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung und die Erwartungen an die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung zusammen.

Niedrigere Erzeugerpreise auf wichtigen landwirtschaftlichen Märkten sind die Hauptgründe für die aktuell weiter verschlechterte Stimmungslage. Entlastungen sehen die Landwirte dagegen vor allem in den etwas niedrigeren Futter- und Düngemittelpreisen sowie bei den gesunkenen Treibstoffpreisen. Ungünstig werden die politischen Rahmenbedingungen beurteilt. Die nationale Agrarpolitik wird im Jahresvergleich sogar deutlich schlechter bewertet. Offensichtlich tragen die anstehende Novellierung der Dünge-Verordnung sowie die kritische öffentliche Diskussion über eine moderne Landwirtschaft derzeit zusätzlich zur Verunsicherung der Landwirte und ihrer starken Investitionszurückhaltung bei. (http://www.bauernverband.de/dbv-konjunkturbarometer-dez2015)

**1.4. Strukturwandel in der Landwirtschaft schreitet voran**

Aus einer aktuellen Veröffentlichung des Statistikamtes der Europäischen Union (Eurostat) geht hervor, dass die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 2003 bis 2013 europaweit um insgesamt mehr als 25 % auf 10,8 Mio. Betriebe gesunken ist. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche blieb mit 174,6 Mio. ha etwa konstant. Dadurch erhöhte sich die durchschnittliche landwirtschaftliche Fläche je Betrieb um 38 % auf 16,1 ha. Diese Entwicklung wäre noch deutlicher ohne Berücksichtigung Rumäniens, da sich dort bei sehr kleinräumigen Strukturen ca. 33 % aller Höfe in der EU befinden.

Die größten Agrarunternehmen gab es 2013 laut Eurostat in Tschechien mit einer Fläche von durchschnittlich 133 ha, in Großbritannien mit 93,6 ha und in der Slowakei mit 80,7 ha. In Frankreich waren die Betriebe mit 58,7 ha im Mittel marginal größer als in Deutschland mit 58,6 ha. In Niedersachsen liegt die durchschnittliche Größe bei 65,6 ha. Weniger als 10 ha im Durchschnitt verfügten die Landwirte in Malta, Zypern, Rumänien, Slowenien, Griechenland und Ungarn.

33 % aller Betriebsleiter in der EU waren mindestens 65 Jahre alt und weitere 25 % zwischen 55 und 64 Jahre. Nur 6 % der Landwirte waren hingegen jünger als 35. In Deutschland hingegen waren lediglich 7 % der Betriebsinhaber über 64 Jahre. Gleichzeitig war die Altersgruppe der 45- bis 54-Jährigen mit rund 37 % besonders stark vertreten.

**1.5. Zukunft Direktzahlungen – Standpunkte von CDU, SPD und Grünen**

Im Jahr 2017 steht die Halbzeitbewertung der EU-Agrarpolitik an. Die Zukunft der Direktzahlungen steht auf dem Prüfstand. Die Parteien haben kontroverse Ansichten. Direktzahlungen abschaffen, umschichten oder weiter auszahlen?

Der Bundesfachausschuss Landwirtschaft und ländlicher Raum der CDU hat sein Positionspapier zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (siehe Anlage) veröffentlicht. Darin fordert die CDU stabile und verlässliche Verhältnisse für die Landwirtschaft. Die vorhandene Struktur der Direktzahlungen soll bis 2020 weiterlaufen wie bisher. Damit geht die CDU auf Konfrontationskurs mit der SPD und den Grünen.

**CDU will Direktzahlungen bis 2020 wie gehabt weiterführen**

Die CDU schreibt in ihrem Papier, dass sie dafür eintreten, die vorhandene Struktur der **Direktzahlungen** mit der beschlossenen Umschichtung von 4,5 Prozent von der ersten in die zweite Säule festzuschreiben und **bis 2020 fortzuführen**. Eine weitergehende Umschichtung lehnt die Partei ab. Bei der Überprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens im Jahr 2016 fordert die CDU **stabile und verlässliche Rahmenbedingungen** für die europäische Landwirtschaft im Agrarhaushalt. Eine weitergehende Festlegung zur Ausweitung der **verpflichtenden ökologischen Vorrangflächen** über die bisherigen 5 Prozent im Rahmen einer Halbzeitbewertung 2017 hält die CDU aus agrarökologischer Sicht nicht für notwendig und angesichts des kurzen Zeitraums für die Landwirte auch nicht für zumutbar.

**SPD will Agrarsubventionen ab 2020 abschaffen**

Ganz anders äußerte sich die SPD. Sie sprach sich bei der Debatte um den Haushalt erneut für eine grundlegende Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik(<http://www.agrarheute.com/newes/hendricks-bleibt-dabei-direktzahlungen-abschaffen>) (GAP) aus. Barbara Hendricks, Bundesministerium für Umwelt, Natur, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) plädiert dafür **Agrarsubventionen ab 2020 abzuschaffen**. In der Broschüre Naturschutzoffensive 2020 (<http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Pools/Broschueren/naturschutzoffensive_2020_broschuere_bf.pdf>) steht, dass schon ab 2018 mehr Mittel der sogenannten 1. Säule in die Förderung der ländlichen Entwicklung umgeschichtet werden sollen.

Auf EU-Ebene soll durchgesetzt werden, dass der Anteil von **ökologischen Vorrangflächen**, die im Rahmen der 1. Säule bereitgestellt werden müssen, um Agrarsubventionen zu erhalten, von fünf auf **sieben Prozent** des Ackerlandes **erhöht** wird. Das BMUB wird darauf drängen, dass diese Privilegierung in der nächsten EU-Finanzperiode ab 2021 beendet wird. Die freiwerdenden Mittel sollen insbesondere dafür eingesetzt werden, konkrete Leistungen im Naturschutz zu bezahlen.

**Grüne wollen Greening weiter vorantreiben**

Als Reaktion auf das Positionspapier der CDU äußerte sich Friedrich Ostendorff, Sprecher für Agrarpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis90/Grüne, Maria Heubuch, Mitglied im Agrarausschuss des Europäischen Parlamentes und Bernd Voss, Sprecher für Agrarpolitik im Landtag Schleswig-Holstein in einer gemeinsamen Pressemitteilung. Die Landwirtschaftspolitiker der Grünen fordern auf EU-, Bundes- und Landesebene:

1. Die Umschichtung von heute 4,5 % auf die möglichen 15 % in 2018 anzuheben.
2. Volle Umschichtung zugunsten kleinerer und mittlerer Betriebe durch Kappung der Direktzahlungen und Verteilung auf die jeweils ersten Hektare je Betrieb. D. h. die Umschichtung von heute 7 % auf die möglichen 30 % anzuheben. Auch hier sind andere Mitgliedstaaten, insbesondere Frankreich, viel weiter.
3. Greening weiterentwickeln und die Anforderungen an ökologische Vorrangfläche anziehen.
4. Ausweitung der Anwendungsverbote von Pflanzenschutz- und Düngemitteln auf den ökologischen Vorrangflächen.

**2. Düngung/Pflanzenschutz**

**2.1. Düngung**

**2.1.1. Bundesländer fordern weitergehende Änderungen beim Düngegesetz**

Aus einer gemeinsamen Stellungnahme des Ausschusses für Agrarpolitik und Verbraucherschutz (AV) und des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (U) an den Bundesrat zu den geplanten Änderungen der Bundesregierung beim Düngegesetz geht hervor, dass die meisten Bundesländer die geplanten Änderungen für nicht ausreichend erachten.

Die Länder fordern weitere Erleichterungen beim vorgesehenen Datenabgleich zwischen unter-schiedlichen Behörden für eine bessere Kontrolle der Düngung. Insbesondere plädieren die Ausschüsse dafür, den Datenabgleich in automatisierter Form vorzunehmen und auch einen Zugriff der für das Düngerecht zuständigen Fachbehörden auf Daten sonstiger Behörden wie Bau- und Immissionsschutzbehörden zu ermöglichen.

Das im Gesetzentwurf angekündigte Nationale Aktionsprogramm zum Schutz von Gewässern vor Nitrat sollte laut Empfehlung zwingend mit den Ländern abgestimmt werden müssen. Auch für Gärreste aus Biogasanlagen wollen die Länder Regelungen zur Lagerkapazität erlassen können. Ferner sollten den Ausschüssen zufolge die Bundesländer ermächtigt werden, spezielle dünge-rechtliche Anforderungen an die Vermittler von Wirtschaftsdüngern zu erlassen. Geschaffen werden sollte nach ihrem Willen zudem ein bundeseinheitlicher Rechtsrahmen für die Einführung eines freiwilligen Gütesicherungssystems bei der Verwendung von Wirtschaftsdüngern. Deutlich ausweiten wollen die Länder den Bußgeldrahmen. Anstatt mit bis zu 50 000 Euro sollen Verstöße gegen das Düngerecht laut Empfehlung künftig mit bis zu 200 000 Euro geahndet werden können. Der Bundesrat wird in seiner heutigen Sitzung über die Ausschussempfehlung beraten.

**2.1.2. Entwurf der Düngeverordnung liegt jetzt bei der EU-Kommission**

Das Bundeskabinett hat die Novelle zum Düngegesetz Mitte Dezember 2015 beschlossen. Damit einher geht auch eine neue Verordnung zur Neuordnung der guten fachlichen Praxis beim Düngen (Düngeverordnung-DüV). Diese liegt jetzt im Entwurf der EU-Kommission zur Notifizierung vor. Parallel zur Prüfung auf EU-Ebene wird eine so genannte Strategische Umweltprüfung vorgenommen. Gibt es von EU-Seite her keine Einwände mehr, muss die Öffentlichkeit – d. h. jeder Mitbürger in Deutschland – die Möglichkeit haben, die Verordnung in Form einer öffentlichen Auslage einsehen zu können. Im Anschluss daran wird die Verordnung dem Bundesrat zur Abstimmung vorgelegt.

Nach BMEL-Angaben könnte das noch im 2. Quartal 2016 erfolgen. **Wenn dieser Zeitplan eingehalten wird, dürfte die Düngeverordnung zur nächsten Ackerbau-Saison ab Sommer 2016 in Kraft treten. D. h.: Die Vorgaben aus der neuen DüV gelten dann bereits zur Herbstaussaat 2016.** Gänzlich neu sind die sogenannten Länderöffnungsklauseln. Immer dann, wenn es für eine Ausnahme einer Genehmigung durch eine Landesbehörde bedarf, besteht Ermessen für die zuständige Behörde. Die aus unserer Sicht wesentlichen Änderungen haben wir in einer Übersicht zusammengefasst.

Den Überblick Düngeverordnung der BVA finden Sie in den Anlagen.

**2.1.3. Bundesrat soll Düngerecht und Anlagenverordnung im Paket beschließen**

Mit großer Mehrheit sprach sich der Agrarausschuss der Länderkammer letzte Woche für die von der Bundesregierung angestrebte Paketlösung aus. Demnach soll die Novelle der Düngeverordnung und die dafür erforderliche Änderung des Düngegesetzes gemeinsam mit der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) beschlossen werden. Zur Begründung hieß es, dass auf diese Weise die Kohärenz mit der Neuregelung des Düngerechts zu gewährleisten ist.

Bei der sogenannten Anlagenverordnung geht es um den Bestandsschutz für Gruben zur Lagerung von Jauche, Gülle und Sickersäften (JGS-Anlagen) angesichts einer Verschärfung der Vorgaben für die Lagerung wassergefährdender Stoffe. Derzeit erarbeiten Bayern und Rheinland-Pfalz dazu einen Kompromissvorschlag. Das Gesamtpaket soll vor der Sommerpause beschlossen werden.

**2.1.4. Düngerbranche: YARA warnt vor hoher Belastung und geringeren Preisen**

Der norwegische Düngemittelhersteller Yara rechnet für das vierte Quartal des abgelaufenen Gesamtjahres mit erheblichen Belastungen. Das Unternehmen müsse etwa 1,15 Milliarden norwegische Kronen oder umgerechnet rund 122 Millionen Euro auf das französische Düngemittelwerk in Monitoir abschreiben. Zudem belasteten geringere Verkäufe und Produktionsvolumen, warnte der Rivale der Kasseler K+S.

In Frankreich bereiten der Yara International geringere Getreidepreise und eine sinkende Nachfrage nach Phosphat und Kali Schwierigkeiten. Zudem habe es erhebliche Produktionsausfälle beispielsweise bei Ammoniak gegeben.

Anleger reagieren verunsichert auf die Neuigkeiten, die Aktie von Yara verliert zum Börsenstart gut 4 Prozent an Wert. Yara will am 11. Februar die Geschäftszahlen für das vergangene Jahr vorlegen. Das operative Ergebnis im Schlussquartal sieht das Unternehmen bei 0,7 Milliarden Kronen und das EBITDA bei rund 3,5 Milliarden Kronen.

**2.2. Pflanzenschutz**

**2.2.1. Bundesregierung plant derzeit keine Abgabe auf Pflanzenschutzmittel**

In der Bundesregierung gibt es derzeit keine Pläne zur Einführung einer Abgabe auf Pflanzen-schutzmittel. Das hat das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke erklärt. Die vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) voriges Jahr geäußerte Empfehlung zur Einführung einer solchen Abgabe sei der Bundes-regierung zwar bekannt. Eine eingehende Prüfung habe aber „noch nicht stattgefunden“.

**Inlandsabsatz von Pflanzenschutzmitteln (Zubereitungen) 2014**



Quelle: Meldungen gemäß § 64 Pflanzenschutzgesetz für das Jahr 2014 beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit

Weiter hieß es von Seiten des BMEL, dass gegenwärtig keine fundierte Aussage zu den anfallenden Kosten für die Lebensmittel- und Umweltüberwachung im Hinblick auf Pflanzenschutzmittel getroffen werden kann. Um einen Überblick über die Kosten für die Aufreinigung des Trinkwassers zu erhalten, würden derzeit Forschungsvorhaben im Rahmen des Umweltforschungsplans des Bundesumweltministeriums durchgeführt oder vorbereitet.

In Lebensmitteln träten Pflanzenschutzmittelrückstände nur in sehr geringen Konzentrationen auf, die weit unterhalb der Schwelle lägen, ab der die Einzelsubstanzen eine Wirkung auf die menschliche Gesundheit haben könnten. Und auch die additive Bewertung der Einzelsubstanzen in den untersuchten Proben komme in der Regel zum selben Ergebnis. Das BMEL erklärte, dass in Deutschland die Zahl der amtlichen Überwachungsproben auf Pflanzenschutzmittelrückstände auf einem konstant hohen Niveau liege.

Verbesserungsbedarf gibt es nach Einschätzung des Ministeriums beim Schutz der Umwelt vor einer Belastung mit Pflanzenschutzmitteln vor allem bei der Nichteinhaltung der Anwendungsbestimmungen. Das führe dazu, dass es mitunter Überschreitungen der Grenzwerte gebe. Daher sei im Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln (NAP) festgelegt, ein Kleingewässermonitoring für Pflanzenschutzmittel zu entwickeln.

**2.2.2. Forum Nationaler Aktionsplan beschließt Arbeitsgruppe zum integrierten Pflanzenschutz**

Am 12. und 13. Januar 2016 fand im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) die dritte Sitzung des Forums zum „Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln (NAP)“ statt. Es kamen knapp 90 Akteure von Bund und Ländern sowie von Verbänden zusammen, um sich über den aktuellen Stand der im NAP formulierten Ziele und Maßnahmen auszutauschen und über das weitere Vorgehen zu diskutieren. Schwerpunkte waren dabei die Themen Gewässerschutz und Biodiversität. Im Rahmen der Veranstaltung haben die Mitglieder des Forums Empfehlungen zu Informationstools für potentielle Eintragsgefährdungen von Pflanzenschutzmitteln durch Abschwemmung, zum Kleingewässermonitoring sowie zum Pflanzenschutz und Biodiversität verabschiedet. Darüber hinaus wurde vor dem Hintergrund der anstehenden Überprüfung des NAP entschieden eine Arbeitsgruppe einzurichten, die eine konkrete Empfehlung für die Weiterentwicklung des integrierten Pflanzenschutzes im Rahmen des NAP erarbeitet.

Die verabschiedeten Empfehlungen sowie die Sitzungsunterlagen stehen auf der Webseite zum Nationalen Aktionsplan Pflanzenschutz zum Download bereit. ([www.nap-pflanzenschutz.de/gremien/forum-nap/forum-2016/](http://www.nap-pflanzenschutz.de/gremien/forum-nap/forum-2016/))

**2.2.3. Studien zum „Pflanzenschutz in Deutschland und Biodiversität“:**

**Konventioneller Ackerbau schneidet bezüglich Biodiversität top ab**

Laut einer Untersuchung des Humboldt Forum for Food and Agriculture e. V. (HFFA) leistet der konventionelle Ackerbau gemessen an der Erntemenge einen größeren Beitrag zur Biodiversität (biologische Vielfalt) als der ökologische. Das HFFA untersuchte im Auftrag des Industrieverbandes Agrar (IVA) die Auswirkungen von Pflanzenschutzstrategien der konventionellen und ökologischen Landbewirtschaftung auf die regionale und globale Artenvielfalt.

**Abb.: Mehrertrag des konventionellen Ackerbaus in Deutschland im Vergleich**

**zum ökologischen Ackerbau (in Prozent):**



Quelle: HFFA Research GmbH | Pflanzenschutz in Deutschland und die regionale sowie globale Biodiversität HFFA Research Paper

Demnach beruht nach Angaben der Wissenschaftler der Effekt vor allem auf der doppelt so hohen Ertragsleistung der herkömmlichen Wirtschaftsweise. Artenvielfalt ist bei beiden Ackerbauvarianten deutlich kleiner als in natürlichen Biotopen. Gemäß den Daten aus dem Testbetriebsnetz des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMEL) hätten die Ökobetriebe im Untersuchungszeitraum im Mittel um 51 % geringere Erträge erzielt als die konventionellen Vergleichsbetriebe. Im Umkehrschluss bedeute dies, dass der Ökoflächenbedarf für die gleiche Erntemenge mehr als doppelt so hoch angesetzt werden müsse.

Laut dem HFFA-Geschäftsführer und Mitverfasser der Studie Dr. Steffen Noleppa sind die absoluten Unterschiede bei den Verlusten an Artenvielfalt zwischen konventionellen und ökologischen Anbauverfahren nicht übermäßig groß. Verglichen mit einem natürlichen Ökosystem weise eine Agrarfläche in ökologischer Bewirtschaftung bereits eine um 67 % geringere Artenvielfalt auf, da auch der Biobauer seine Kulturpflanzen vor Unkräutern, Pilzen oder Schädlingen schütze. Dagegen gehe die Artenvielfalt im konventionellen Landbau nicht zuletzt durch den chemischen Pflanzenschutz im Mittel um 86 % gegenüber einem natürlichen Ökosystem zurück. Berücksichtige man die deutlich höheren Flächenerträge im konventionellen Anbau, zeige sich dann, dass der ökologische Landbau einen um 55 % größeren Verlust an Artenvielfalt je Ertragseinheit verursache.(<http://www.iva.de/sites/default/files/pdfs/studie_pflanzenschutz_in_deutschland_und_biodiversitaet_hffa_2016.pdf>)

**2.2.4. Glyphosat:**

**BfR und EFSA beantworten offenen Brief zur Bewertung der Kanzerogenität**

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) erläutert in dem am 13.01.2016 veröffentlichten Brief (PDF, engl.) dass die Monographie der Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC) umfassend bei der Gesamtbewertung von Glyphosat berücksichtigt worden sei. Dies entsprechend dem Hintergrund der Präambel der IARC selbst, die besagt, dass Monographien der IARC von nationalen und internationalen Behörden bei der Ausübung ihrer Risikobewertung berücksichtigt werden können und nur erste Schritte der Risikobewertungen darstellen.

Die EFSA-Bewertung stellt in Europa den gesetzlich verbindlichen Schritt eines klar definierten europäischen Regulierungsprozesses dar, der neben der Bewertung der Kanzerogenität und weiterer gesundheitlicher Risiken auch die anderen relevanten Bewertungsaspekte mit Bezug auf die Umwelt, Wirksamkeit usw. berücksichtigen muss. Bei jedem Schritt hat die EFSA die gesetzlichen Anforderungen in einem hochtransparenten wissenschaftlichen Peer-Review erfüllt, wie dies für alle Pestizidwirkstoffe vorgesehen ist. Die Schlussfolgerungen der EFSA und alle damit verbundenen Hintergrunddokumente wurden auf der Website der EFSA veröffentlicht.

Die Argumente in dem Offenen Brief verändern die Gesamtschlussfolgerungen der gesundheitlichen Bewertung zu Glyphosat nicht. So gibt es beispielsweise keinen ausreichenden Beleg für eine Assoziation zwischen glyphosatbasierenden Formulierungen und Non-Hodgkin Lymphomen, was bereits in der IARC Bewertung deutlich gemacht wurde. Die Gesamtbeweislage der Studien am Menschen führt nach dem derzeitigen Stand des Wissens nicht zu einem eindeutigen kausalen oder anderweitig überzeugenden assoziativen Zusammenhang zwischen dem Wirkstoff Glyphosat und Krebs. Nach Aussage der EFSA gibt es auch weiterhin keine überzeugenden Hinweise auf Kanzerogenität bei Ratten oder Mäusen, wenn dem „weight of evidence“ Verfahren gefolgt wird.

Die in dem offenen Brief getroffenen Aussagen zur Kanzerogenität von Glyphosat stehen im Widerspruch zu Bewertungen von nationalen und internationalen Institutionen einschließlich des WHO/FAO Joint Meeting on Pesticide Residues (JMPR). Die gesundheitliche Bewertung des Pflanzenschutzmittelwirkstoffes Glyphosat ergibt nach Prüfung aller vorliegenden Studien durch diese Institutionen, dass bei bestimmungsgemäßer Anwendung ein krebserzeugendes Risiko für den Menschen nach derzeitiger Datenlage unwahrscheinlich ist.

Die Antworten der EFSA zu dem Offenen Brief sind am 13. Januar 2016 auf der EFSA-Webseite (www.efsa.eu) veröffentlicht worden. Diesem Schreiben beigefügt ist ein Anhang mit detaillierten Antworten auf die wissenschaftlichen Fragen, die in dem Offenen Brief angesprochen wurden. Dazu gehören beispielsweise Erklärungen der Befunde aus Tierstudien zur Kanzerogenität sowie die Interpretation zu den in der IARC-Monographie berichteten Tumoren.

**2.2.5. Verminderter Glyphosateinsatz ohne wirtschaftliche Nachteile möglich**

Die deutschen Landwirte könnten unter bestimmten Bedingungen auf den Einsatz von [Glyphosat](http://www.topagrar.com/themen/Glyphosat-1774512.html) im [Ackerbau](http://www.topagrar.com/themen/Ackerbau-1775842.html) verzichten, ohne dabei wirtschaftliche Nachteile hinnehmen zu müssen. Zu diesem Schluss kommt das Julius-Kühn-Institut ([JKI](http://www.topagrar.com/themen/JKI-1775334.html)) nach einer ökonomischen Folgenabschätzung, die in der vergangenen Woche vorgelegt wurde.

Die Autoren der Studie schlussfolgern, dass Glyphosat nicht von vorneherein als Standardmaßnahme in diesen Anbausystemen vorgesehen werden sollte. Vielmehr gelte es sorgfältig zu prüfen, ob Anwendungen des Breitbandherbizids vor allem auf der Stoppel oder gegebenenfalls auch vor der Saat durch mechanische Arbeitsgänge mit geeigneten Geräten ersetzt werden könnten. Dies ließe eine Einsparung der Glyphosatmenge erwarten.

Insbesondere sei auch der Pflugeinsatz wieder häufiger auf Böden, die eine entsprechende Bearbeitung zuließen und nicht erosionsgefährdet seien, in Betracht zu ziehen, so die Wissenschaftler. Falls dies nicht ganzflächig in Betracht komme, sollte zumindest in Erwägung gezogen werden, die Glyphosatanwendung auf kritische Teilbereiche der Schläge, beispielsweise mit Queckenbesatz, zu beschränken.

Ferner gilt es nach Ansicht der Forscher zu prüfen, ob der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, die den Wirkstoff enthalten, im jährlichen Wechsel mit mechanischen Arbeitsgängen nicht auch ausreichende Ergebnisse liefert. Vorernteanwendungen mit Glyphosat sollten generell in Mähdruschfrüchten auf das notwendige Maß begrenzt werden. Gravierende ökonomische Folgen würde der Verzicht auf den Wirkstoff dem Institut zufolge allerdings bei Dauerkulturen haben. Im Apfelanbau erscheine ein solcher Schritt wirtschaftlich kaum vertretbar.

### Ertragseinbußen nicht ausgeschlossen

Die ökonomischen Folgen eines Verzichts auf die Anwendung des Wirkstoffs hängen laut Studie im Ackerbau stark davon ab, ob durch eine einmalige zusätzliche Bodenbearbeitung eine Wirkungsäquivalenz zu Glyphosat erzielt werden kann. In diesem Fall könnte die mechanische [Unkrautbekämpfung](http://www.topagrar.com/themen/Unkrautbekaempfung-1776103.html) zu einem betriebswirtschaftlich identischen oder sogar besseren Ergebnis führen.

Als wichtige Einflussfaktoren für die ökonomischen Konsequenzen der Substitution machten die Forscher dabei den Standort, die Witterung und die Anbaupraxis aus. Wenn es unter ungünstigen Bedingungen jedoch trotz zwei bis drei zusätzlicher Bodenbearbeitungsgänge zu Ertragseinbußen aufgrund von Unkrautbefall komme, seien Mehrkosten zu erwarten.

Der Verzicht auf Glyphosat führe dann bei der Stoppelbearbeitung in winterungsbetonten Fruchtfolgen den Berechnungen zufolge zu Mehrausgaben von 55 Euro/ha bis 89 Euro/ha und Jahr; das Auslassen einer entsprechenden Vorsaatbehandlung könne Mehrkosten von jährlich bis zu 100 Euro/ha nach sich ziehen. Bei einem durchschnittlichen [Deckungsbeitrag](http://www.topagrar.com/themen/Deckungsbeitrag-1774404.html) für Weizen von 600 Euro/ha bis 900 Euro/ha würden die zusätzlichen Kosten etwa 6 % bis 17 % des Deckungsbeitrags ausmachen.

**2.2.6. UBA-Studie sieht trotz niedriger Glyphosatbelastung im Urin Forschungsbedarf**

Das Umweltbundesamt (UBA) hat in einer Langzeitstudie Urinproben auf mögliche Anreicherungen von Glyphosat untersucht. Über 15 Jahre wurden dabei in einer rund 400 Proben umfassenden Stichprobe Untersuchungen durchgeführt und festgestellt, dass der höchste gemessene Wert dabei um den Faktor 1.000 niedriger liegt, als die EU-Lebensmittelbehörde für vertretbar hält. Dennoch sieht das UBA weiteren Forschungsbedarf.

UBA-Präsidentin Maria Krautzberger erklärte, dass die Datenlage zur Belastung beim Menschen verbessert werden müsse. Insbesondere bei Kindern lägen bisher kaum gesicherte Daten vor. Dazu laufe aktuell im UBA eine Studie. Glyphosat soll nach Ansicht des UBA auch nicht isoliert betrachtet werden, sondern die eingesetzten Produkte umfassender untersuchen werden.

**2.2.7. EFSA wird Neubewertung von Neonikotinoiden erst 2017 abschließen**

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) teilte mit, dass die aktualisierte Bewertung der Wirkstoffe Clothianidin, Thiamethoxam und Imidacloprid zur Saatgutbehandlung und als Granulat erst im Januar 2017 abschlossen sein. Dabei sollen laut EFSA alle seit 2012 neu gewonnenen Daten aus Studien, Forschung und Überwachung berücksichtigt werden, insbesondere Informationen, die 2015 infolge eines Aufrufs zur Einreichung von Daten übermittelt wurden. Die EFSA hatte Neonikotinoide vor drei Jahren als bienenschädlich eingestuft, woraufhin die Europäische Union ein Teilverbot der Nutzung dieser Stoffe verfügte, das seit Dezember 2013 in Kraft ist. Die Europäische Kommission hatte ursprünglich angekündigt, dass die Neubewertung bis Ende 2015 fertiggestellt würde. Im vergangenen Jahr hielt die EFSA ihr Urteil aufrecht, dass Clothianidin, Thiamethoxam und Imidacloprid beim Einsatz als Spritzmittel zur Blattbehandlung ein Risiko für Bienen darstellten. In Deutschland fuhren die Landwirte 2015 eine gegenüber dem Vorjahr deutlich schlechtere Rapsernte ein. Der Deutsche Bauernverband (DBV) führte den Einbruch um rund ein Fünftel gegenüber dem Rekordjahr 2014 neben schlechten Witterungsbedingungen auch auf das Verbot der Saatgutbeizung mit Neonikotinoiden zurück.

**3. Meldungen zur Ernte**

**3.1. IGC erhöht für 2015/16 seine Vorhersage zur Weizenernte auf 731 Mio. t**

Der Internationale Getreiderat (IGC) rechnet 2015/16 mit einer weltweiten Weizenerzeugung von 731 Mio. t. Das ist gegenüber der letzten Prognose eine Steigerung um 5 Mio. t. Auf die EU-28 entfällt davon mit 158,3 Mio. t ein Plus von 0,6 Mio. t. Der weltweite Weizenverbrauch sank hingegen auf 719 (minus 1) Mio. t. Die globalen Lagerbestände erhöhte der Rat im Parallelgang zur Ernte um ebenfalls 5 auf 213 Mio. t.

Hingegen sank die Schätzung für die weltweite Maiserzeugung im laufenden Wirtschaftsjahr um 8 auf 959 Mio. t. Der Maisverbrauch soll global auf 968 (minus 6) Mio. t zurückgehen und würde damit weiterhin deutlich über der Erzeugung liegen. Die weltweiten Lagerbestände sieht der Rat nun bei 196 (minus 4) Mio. t. Insgesamt wird das Minus bei der Maisproduktion vor allem vom Weizen, aber auch von den anderen Getreidearten ausgeglichen. Die gesamten Getreideendbestände per 30. Juni 2016 weltweit veranschlagt der Rat nun auf 455 (plus 1) Mio. t, das wäre der höchste Stand seit fast 30 Jahren.

Bei Sojabohnen soll eine etwas höher erwartete Ernte von 322 (plus 1) Mio. t nun auch zu einem höheren Verbrauch von 321 (plus 2) Mio. t führen. Gleichzeitig reduzierte der IGC die Anfangsbestände an Soja auf 43 (minus 2) Mio. t. Die Endbestände sinken demzufolge gegenüber dem November auf 44 (minus 3) Mio. t. Dies wäre allerdings immer noch etwas mehr als im Vorjahr (43 Mio. t) und würde ein Allzeithoch darstellen.

In einem ersten Ausblick auf 2016/ 17 schätzt der IGC, in der noch mit großer Unsicherheit behafteten Prognose, die weltweite Weizenproduktion im kommenden Wirtschaftsjahr auf 706 Mio. t, das wären 3 % weniger als im laufenden Jahr. Beim Verbrauch 2016/17 wird ein etwas kleinerer Futterbedarf als im laufenden Jahr erwartet.

**3.2. Tallage rechnet 2016/17 mit geringerer Weizenproduktion**

Das französische Beratungsunternehmen Tallage hat seine Prognose für die europäische Weichweizenproduktion 2016/17 in seinem monatlichen Bericht „Stratégie Grains“ auf 143,1 Mio. t gesenkt und damit zum Vormonat um 0,6 Mio. t nach unten korrigiert. Die gesamte Getreideerzeugung der EU 2016/17 sieht der Bericht bei 308,8 Mio. t. Für das laufende Wirtschaftsjahr nimmt Tallage eine Weichweizenproduktion von 150,2 Mio. t an, und erhöht seine Schätzung damit zum Vormonat um 0,3 Mio. t.

**3.3. Aussaatfläche für Wintergetreide zur Ernte 2016 kaum verändert**

Die vorläufige Aussaatfläche für Wintergetreide hat sich gegenüber dem Vorjahr unwesentlich verändert, Raps legte etwas zu. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, wurden im Herbst 2015 auf 5,49 Millionen Hektar Wintergetreide ausgesät. Die Winterweizenfläche legte dabei 0,3 Prozent oder knapp 10.000 auf 3,22 Millionen Hektar zu, die Aussaatfläche für Wintergerste um knapp 4,0 Prozent auf 1,30 Millionen Hektar. Die größten Flächenausdehnungen gab es in Brandenburg mit gut + 8 % und in Niedersachsen mit rund + 7 %. Lediglich im Saarland und in Baden-Württemberg verringerte sich die Fläche um 5 % beziehungsweise 2 %. Ein deutlicher Rückgang ist bei der Aussaatfläche von Roggen und Wintermenggetreide zu beobachten. Die Fläche nimmt 580 000 Hektar ein, das ist ein Rückgang von 6 % (minus 35 100 Hektar). Die hochgerechneten Aussaatflächen beruhen auf Mitteilungen einer begrenzten Anzahl Ernteberichterstatter in den Bundesländern von Ende November 2015.

Mit Winterraps haben die Landwirte in Deutschland 1,29 Millionen Hektar bestellt, so Destatis, das sind 8 800 Hektar mehr als im Jahr 2015. Die größte prozentuale Zunahme ist in Hessen mit gut + 10 % sowie in Nordrhein-Westfalen und im Saarland mit + 7 % festzustellen. Ein Flächenrückgang gab es hingegen in Bayern mit knapp – 10 % und in Sachsen-Anhalt mit gut – 5 %.

**4. Biokraftstoffe**

**4.1. Deutschland liefert die meisten Ausgangsstoffe**

Im Jahr 2014 erreichten Biokraftstoffe gegenüber fossilen Kraftstoffen eine Einsparung der Treibhausgasemissionen um 51 %. Biodiesel und Bioethanol waren am meisten im Umlauf. Dabei wurde gegenüber 2013 vor allem weniger Soja, Palmöl und Zuckerrohr eingesetzt. Insgesamt stammen 31 % der Ausgangsstoffe aus Deutschland. Das geht aus dem aktuellen Evaluations- und Erfahrungsbericht der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) hervor.

Der größtenteils aus Raps gewonnene Biodiesel war mit knapp 61 % der Hauptbestandteil aller auf die Biokraftstoffquote angerechneten Biokraftstoffe. Zweitwichtigste Ausgangsstoffe waren Abfälle und Reststoffe. Der Einsatz von Palmöl und Soja verringerte sich auffällig. Bei Soja ging er auf nur noch knapp ein Viertel zurück, bei Palmöl um 27 %.

Bioethanol war der zweitwichtigste Biokraftstoff, er wurde hauptsächlich aus Mais und Weizen hergestellt. Der Anteil aus Zuckerrüben blieb trotz eines Rückgangs um gut 50 % an dritter Stelle.

Rund 31 % der Ausgangstoffe stammen aus Deutschland. Somit erhöhte sich der deutsche Anteil im Vergleich zum Vorjahr um neun Prozentpunkte. Rund 44 % kommen aus anderen EU-Staaten, der Rest aus Drittstaaten.

Den Evaluations- und Erfahrungsbericht 2014 steht unter folgenden Link zum Download bereit:

[www.ble.de/NachhaltigeBiomasseherstellung/](http://www.ble.de/NachhaltigeBiomasseherstellung/)

**4.2. Marktanteil von Biodiesel seit 2010 um 21 % zurückgegangen**

Der Anteil von Biodiesel am deutschen Dieselmarkt ist im Vergleich zum Jahr 2010 um rund 21 % gesunken, das meldet der Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie e. V. (VDB). Während demnach der Dieselabsatz in diesem Zeitraum entgegen den Prognosen um rund 12 % gewachsen ist, nahm der Anteil von Biokraftstoffen drastisch ab. Laut VDB ist das mit ein Grund für die steigenden Emissionen, denn der Treibhausgasausstoß im Verkehrssektor ist in den vergangenen Jahren gewachsen, anders als im Strom- und Wärmebereich. Er macht etwa ein Fünftel der deutschen Treibhausgasemissionen aus. Die deutschen Klimaziele können nach Aussage des VDB jedoch nur erreicht werden, wenn auch der Verkehrssektor einen bedeutsamen Beitrag leistet.

**4.3. Veranstaltungshinweise**

**Erfahrungsaustausch Biomassenachhaltigkeitsverordnung am 10. Februar 2016 auf Burg Warberg**

Die Bundeslehranstalt Burg Warberg lädt bereits zum 6. Mal zu einem Erfahrungsaustausch ein. Kernthemen werden sein: Status quo der Nachhaltigkeitszertifizierung, Einführung und Umsetzung von REDcert² und Erfahrungen aus Sicht der Zertifizierungsstellen. Neben REDcert werden auch Vertreter von Zertifizierungsstellen über bisherige Erfahrungen, neue Entwicklungen und Stand der Umsetzung der Nachhaltigkeitszertifizierung referieren.

Anmeldungen bitte ausschließlich an die Burg Warberg: Tel.: 05355-961100, Fax: 05355-961300, E-Mail: seminar@burg-warberg.de.

**5. Förderperiode 2016: Änderung der Richtlinie De-minimis (DM)**

Die Richtlinie über die Förderung der Sicherheit und Umwelt in Unternehmen des Güterkraftverkehrs mit schweren Nutzfahrzeugen vom 15. Dezember wurde am 5. Januar 2016 im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Anträge können ab dem 13. Januar 2016 bis zum 30. September 2016 gestellt werden. Die Antragsstellung kann nur noch im elektronischen Antragsverfahren erfolgen. Der Förderhöchstbetrag je Unternehmen liegt weiterhin bei 33.000 Euro/Jahr, wobei die Fahrzeugzahl jetzt mit 2.000 statt wie bisher mit 1.000 Euro multipliziert wird. Der Höchstfördersatz beträgt 80 % der zuwendungsfähigen Kosten. Der maximale Fördersatz je schweres Nutzfahrzeug steigt auf 2.000 Euro.

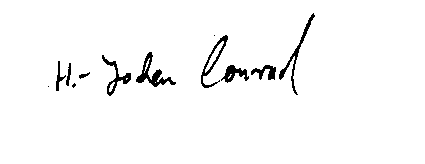
Folgende Punkte gilt es zu berücksichtigen:

* Als schwere Nutzfahrzeuge im Sinne dieser Förderrichtlinie gelten Kraftfahrzeuge, die aus-schließlich für den Güterkraftverkehr bestimmt sind und deren zulässiges Gesamtgewicht mindestens 7,5 t beträgt, d.h. Fahrzeuge ab 7,5 t zulässiges Gesamtgewicht sind förderfähig.
* Die beantragten Maßnahmen müssen dann innerhalb von drei Monaten durchgeführt und innerhalb von spätestens zwei Monaten abgerechnet werden.
* Förderfähig sind fahrzeug- und personenbezogene Maßnahmen sowie Maßnahmen zur Effizienzsteigerung. Hierbei ist der Kauf, Miete und Leasing von Ausrüstungsgegenständen förderfähig.
* Wichtig ist, dass Maßnahmen, die durch Gesetze, Rechtsverordnungen oder Verwaltungsvorschriften verbindlich vorgeschrieben sind, nicht förderfähig sind. Insbesondere die Förderung der Berufskraftfahrerqualifizierung ist nicht mehr möglich.

Bewilligungsbehörde ist das Bundesamt für Güterverkehr (BAG). Ausführliche Informationen und Merkblätter zum Förderprogramm sind bereits auf der Internetseite des BAG www.bag.bund.de bereitgestellt.

Für Ihre Fragen steht Ihnen als Ansprechpartner Herr Martin Courbier vom BVA-Fachbereich Saatgut, Transport und Verkehr zur Verfügung, Telefon: 030 / 2790 741-16, E-Mail: Martin.Courbier@bv-agrar.de.

Mit freundlichen Grüßen



H.-Jochen Conrad

Geschäftsführer

Anlagen zur Info

* CDU-Positionspapier
* BVA-Überblick Novelle Dünge-Verordnung